Abg. Bausch begrüßte es zunächst, dass es nach vielen Jahren wieder eine gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis gebe. Um die anstehenden Themen der Stadt- und Verkehrsplanung zukunftsorientiert beraten und den künftigen Herausforderungen gerecht werden zu können, sei die regionale Zusammenarbeit sowohl auf Verwaltungs- als auch auf politischer Ebene sehr wichtig. Die heutige Sitzung biete die Möglichkeit, viele Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Aber auch in Zukunft gebe es noch viele Themen gemeinsam zu bewältigen. Das Thema Schienengüterverkehr sei in Bonn schon einmal behandelt und die jeweiligen Vorlagen heute zur Verfügung gestellt worden. Der Gütervorrangkorridor sei ein Problem, weil er letztendlich dazu führe, dass andere Verkehre in negativer Weise tangiert werden. Deshalb habe der Rat der Stadt Bonn auch schon in einem entsprechenden Beschluss einen Appell an die Bundes- und Landesregierung gerichtet, dem man sich - ohne auf die Einzelheiten einzugehen - anschließen könne. Auch die Weiterführung der S 13-Trasse von Troisdorf nach Oberkassel werde von seiner Fraktion selbstverständlich unterstützt. Er hoffe, dass der heute hierzu von den Bonner Fraktionen vorgelegte gemeinsame Beschlussvorschlag einen breiten Konsens finde.

Stv. Esser dankte für die Einladung nach Siegburg. Auch die Menschen in der Region merken, dass sie in einem einheitlichen Verkehrsraum leben, in dem die kommunalen Grenzen keine Rolle spielen. Wichtig sei ausschließlich, dass sie pünktlich und schnell an ihr Ziel gelangen. Deshalb begrüße auch er es, dass es heute eine gemeinsame Sitzung gebe. Ein gemeinsamer Punkt sei sicher die Beeinträchtigung durch den von der EU beschlossenen Gütervorrangkorridor, der unsere Region sehr stark betreffe. Ein Korridor solle sowohl rechts- als auch linksrheinisch von Rotterdam bis Mailand durchgeführt werden und beeinträchtige den vorhandenen Regional- und S-Bahn-Verkehr. Der SPNV stehe dort, wo keine eigenen Trassen vorhanden seien, hinten an. Dies sei ein Problem, das nur gemeinsam zu lösen sei. Es sei sehr wichtig, dass die Region mit einer Stimme spreche und mehr Schienenverkehr sowie den dringend erforderlichen Ausbau vorhandener Strecken fordere. Dies betreffe insbesondere auch die Verlängerung der S 13-Trasse, die bereits vor vielen Jahren auf den Weg gebracht worden und deshalb baureif sei.

Abg. Metz betonte, auch seine Fraktion begrüße es außerordentlich, dass es zu dieser Initiative gekommen sei und heute eine neue Kultur der gemeinsamen Kommunikation zwischen beiden Gebietskörperschaften eingeleitet werden könne. Das, was hier bewegt werden solle, könne nur gemeinsam erreicht werden. Er hoffe, dass die heutige Sitzung nur der Auftakt sei, um im Verkehrs- und auch im Planungsbereich enger zu kooperieren. Zum Thema S 13 und Schienenvorrangnetz für den Güterverkehr könne er sich seinen Vorrednern anschließen. Klar sei, dass sowohl Güter, als auch Menschen über die Schiene befördert werden müssten. Es könne nicht sein, dass für das EU-weite Güterverkehrsnetz der SPNV durch die Belegung von Trassen auf der Schieneninfrastruktur Probleme bekomme. Man müsse deutlich darauf aufmerksam machen, wie wichtig der SPNV für unsere Region sei und wie dringend der Infrastrukturausbau in unserem Verdichtungsraum benötigt werde. Die S 13 sei hierbei ein wichtiges Thema. Die Region sollte sich nicht zuletzt deshalb das Recht nehmen, auf der Trassenverlängerung zu beharren, weil diese Bestandteil des vereinbarten Bonn-Berlin-Ausgleichs sei.

SkB Decker freute sich, dass in einem so eng verflochtenen Raum wie der Kernstadt Bonn als Oberzentrum und dem sie umgebenden Rhein-Sieg-Kreis und seinen starken Gemeinden die zuständigen Gremien zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengefunden haben, um Probleme, die alle betreffen, gemeinsam zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Der Bürgerbund Bonn hoffe, dass so auch große Projekte eine Chance haben, in die Realität umgesetzt zu werden. Ein Blick auf die Tagesordnung zeige, dass es hier um Projekte mit großem Investitionsvolumen gehe. Dieses Gremium sei deshalb aufgerufen, auch unter dem

Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit die Prioritäten zu diskutieren. Es könne nicht sein, dass in einem so verdichteten Raum und auf einem Schienennetz, das heute schon vollkommen überlastet sei, ein Gütervorrangkorridor eingerichtet werde. Insofern unterstütze der Bürgerbund ganz entschieden alles, was dazu diene, für den Güterverkehr eigene, leistungsfähige Trassen für den europäischen Raum zu entwickeln, um vor allem auch den engen Rheintalraum zu entlasten.

Stv. Thomas hob ebenfalls noch einmal hervor, wie wichtig das Zustandekommen des heutigen gemeinsamen Sitzungstermins sei. Die Priorität der Verlängerung der S 13 sowie die Nachteile des beabsichtigten EU-Gütervorrangkorridors seien bereits ausführlich angesprochen worden. Seine Fraktion lege darüber hinaus Wert darauf, dass bei künftigen gemeinsamen Beratungen alle Verkehrsarten berücksichtigt werden, auch wenn bei der heutigen Diskussion der Schwerpunkt auf dem Schienenverkehr liege.

Abg. Krauß nahm Bezug auf die Ausführungen des Stv. Esser und betonte noch einmal, dass der Güterverkehrskorridor nicht nur rechtsrheinisch, sondern auch linksrheinisch zu Problemen führe. Aufgrund von heute schon bestehenden Trassenproblemen könne z.B. der Wunsch nach der Durchbindung der RB 23 bis Bonn-Bad Godesberg über den neu zu errichtenden Haltepunkt Bundesviertel nicht berücksichtigt werden. In der Vergangenheit habe es von privaten Schienen-Verkehrsunternehmen schon immer Bestrebungen gegeben, einen Fernverkehr im Bereich der Schiene einzurichten. So habe beispielsweise die Fa. Keolis geplant, auf der linksrheinischen Trasse eine Fernverkehrsverbindung von Saarbrücken in Richtung Hamburg laufen zu lassen. Diese Verkehrsstrecke wäre genau parallel zur heutigen Fahrplanlage der RB 23 verlaufen. Auch da hätte der Schienen-Nahverkehr hinten anstehen müssen. Das heißt, es müsse langfristig nicht nur mit dem Gütervorrangverkehr, sondern auch mit dem privaten Schienenverkehr gerechnet werden.

Stv. Beu erklärte, die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis haben zusammen eine nicht unerhebliche Einwohnerzahl und damit gemeinsam einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Land und diesen müsse man im Interesse der Bürger und Bürgerinnen dieser Region auch ausüben. Trassen und Schienen seien im 19. Jahrhundert errichtet worden. Die Schieneninfrastruktur habe sich seitdem nicht wesentlich verbessert. Hier seien sowohl der Bund, als auch das Land in der Pflicht. Entweder müsse die Rahmengesetzgebung geändert werden oder aber Bund und Land müssten bereit sein, die Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, die für diese Region von besonderer Bedeutung seien.

Der Vorsitzende stellte abschließend den mit der Nachsendung vom 26.01.2011 vorgelegten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Bonn vom 24.01.2011 zur Abstimmung und zwar getrennt für die Bonner und Rhein-Sieg-Kreis-Ausschuss-Mitglieder.